



## Das Knapp

### Eine kleine Geschichte der Marktwirtschaft<sup>1</sup>

»Ein Markt ist ein Mechanismus, mit dessen Hilfe Käufer und Verkäufer miteinander in Beziehung treten, um Preis und Menge einer Ware oder Dienstleistung zu ermitteln.«<sup>2</sup> In dieser berühmten Definition von Paul Samuelson wird der Markt als volkswirtschaftlicher Mechanismus beschrieben, durch den der Wert einer Ware mit einer ideal ermittelten Geldmenge korrespondiert. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Markt mit einem bestimmten Ort verknüpft ist. Entscheidend ist, dass ein Markt ohne Zwang oder zentrale Lenkung agieren kann, dass die Akteure, ohne gestört zu werden, Waren, Dienstleistungen und Geld zum gegenseitigen Nutzen austauschen können. Im Idealfall entsteht »ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage«<sup>3</sup>. Der Markt ermittelt einen Preis, der die Wünsche von Käufer und Verkäufer gleichermaßen regelt.

Dieser Gleichgewichtspreis sorgt dafür, dass einerseits nicht zu viel produziert und andererseits nicht zu wenig konsumiert wird. Angebot und Nachfrage werden in Balance gehalten. Konsumenten und Produzenten, also Haushalte und Unternehmen, interagieren ausschließlich

zur eigenen Bedürfnisbefriedigung, während keiner von beiden den Markt regieren kann. Anschlusskommunikativ funktionieren Märkte idealerweise nach einer einfachen Logik: Die Konsumenten bilden Kaufkraft, die Produzenten reagieren mit neuen Produkt- und Technologieofferten. Mit je eigener Antriebslogik trifft man sich auf nicht regulierten Märkten, um Leistungen auszutauschen. Oder wie Samuelson aus volkswirtschaftlicher Perspektive resümiert: »In einer idealen Marktwirtschaft werden alle Güter und Dienstleistungen freiwillig zum Marktpreis gegen Geld getauscht. Mit einem solchen System lässt sich der größte Nutzen aus den Ressourcen einer Gesellschaft ziehen, ohne dass der Staat eingreift.«<sup>4</sup> Wichtig ist, dass sich die Warenproduktion immer nach der Kaufkraft richtet, der Markt verschafft allen gemäß ihrer Kaufkraft das je eigene Set an gewünschten Gütern, und nicht nach der Dringlichkeit ihrer Bedürfnisse. »So kann es dazu kommen, dass die Katze der Reichen genau die Milch trinkt, die für die Gesundheit der Kinder der Armen so dringend nötig wäre.«<sup>5</sup> Das Problem besteht darin, dass Märkte per se nicht als Gerechtigkeitsmechanismus angelegt sind. Im Gegenteil, Marktwirtschaft kann sogar in höchstem Maße sozial ungerecht sein, was Einkommen, Kauf- und Konsumkraft betrifft.

Die marktwirtschaftliche Semantik beruht seit Beginn der industriellen Moderne auf der Zielsetzung, von allem mehr bereitzustellen, um die Kaufkraft zu stimulieren. Anders ausgedrückt ist Wirtschaftswachstum ein kollektives Versprechen an alle Marktteilnehmer, jede Form von Kaufkraftwillen zu befriedigen. Denn jede Unsicherheit entfacht das Knappheitsparadoxon aufs Neue und beeinträchtigt damit das Vertrauen in gesellschaftliche Stabilität. So lässt sich die Geschichte der westlichen Marktökonomie auch als Aufstieg und Niedergang selbstregulativer Wachstumsmärkte mit daran anschließender staatlicher Regulationsarchitektur formulieren.

Die Idee dieses selbstregulativen Marktes hatte ihre Blüte in Westeuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Motor war Großbritannien als erste große Industrienation der Geschichte. Es war der Beginn von Weltmärkten mit freiem Handel. Mit Einführung des Goldstandards

(1865: Frankreich, Schweiz, Belgien und Italien; 1871: Deutschland; 1873: Niederlande und Skandinavien) wurde überdies die währungs-  
politische Grundlage geschaffen, um mit stabilen Wechselkursen ein  
Laissez-faire-System zu etablieren. »Das zwischen 1821 und 1914 in  
seinem Wert unveränderliche britische Pfund Sterling war praktisch  
gleichwertig mit dem Gold, wodurch es zur internationalen Währung  
avancieren konnte.«<sup>6</sup> Darüber hinaus fanden weitreichende logistische  
Vernetzungen im Schienen- und Wasserstraßenverkehr statt, ebenso in  
der telegrafischen Kommunikation.

Der selbstregulative westeuropäische Markt zog ein immenses wirt-  
schaftliches Wachstum und eine Steigerung des Wohlstandes nach sich.  
»In den Ländern Westeuropas erhöhte sich das Einkommensniveau  
im Verlauf des 19. Jahrhunderts um das Dreifache.«<sup>7</sup> Das Wirtschaftswachstum als Kompensator ungebremsten Kaufkraftwillens wiederum löste eine ungehemmte Expansion nach neuen Märkten jenseits Europas aus. Kolonialismus und Imperialismus erweiterten die Aktionsräume selbstregulativer Märkte, wurden aber in den Kolonien unmittelbar von Blutzoll und grausamer Unterdrückung begleitet. »Der Besitz eines kolonialen Imperiums wurde zu einer regelrechten Obsession; für eine Großmacht waren Kolonien einfach eine Frage von Status und Prestige.«<sup>8</sup>

Aber auch innerhalb Europas trat eine Kluft zutage. Süd- und Osteuropa konnten vom kapitalistischen Markt- und Wachstumshunger nicht profitieren. In den meisten dieser Länder ging die wirtschaftliche Leistung bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts sogar kontinuierlich zurück. In der Folge zog das selbstregulative Marktsystem in Europa neben ökonomischer Prosperität in Westeuropa und kolonialer Zerstörung auch wirtschaftliche Hierarchien und Ungleichheiten in der Peripherie in Süd- und Osteuropa nach sich. Das führte zu einer innereuropäischen Klassenbildung. Hinzu kam seit den 1870er-Jahren die wirtschaftliche Konkurrenz aus Übersee. In der Konsequenz begann sich fortan die freie Markt- und Handelsidee sukzessiv aufzulösen. Überall wurden protektionistische Schranken und Zölle aufgebaut.

»Der Erste Weltkrieg verstärkte den Protektionismus.«<sup>9</sup> Das Ideal einer freien Marktwirtschaft löste sich schnell auf. »Der Einfluss des Staates erreichte ... eine neue Qualität. Alle kriegführenden und auch die meisten der neutralen Länder führten Rohstoff- und Lebensmittelkontrollen ein ... Im Zusammenhang damit wurden auch Rüstungsgüter und -produzenten, oftmals ebenso der Transportsektor und gelegentlich die Landwirtschaft kontrolliert und reguliert.«<sup>10</sup> Die Kriegswirtschaft etwa in Großbritannien war staatsfinanziert. In Deutschland wiederum wurde die Wirtschaft völlig militarisiert. Es kam dort zur ersten großen Planwirtschaft der industriellen Neuzeit. Der Staat wurde zur Lenkungs- und Kontrollmacht sowie zum größten Produzenten von Gütern.

Parallel wuchs in der deutschen Sozialdemokratie eine neue Leitidee: die »organisierte Wirtschaft«.<sup>11</sup> Der sozialdemokratische Siegeszug innerhalb Europas war bemerkenswert: 1919 erreichten die Sozialdemokraten in Deutschland 39 Prozent, in Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, Norwegen, Schweden und Großbritannien circa ein Drittel aller Wählerstimmen. Carr kommt sogar zu dem Ergebnis, dass die Planwirtschaft in Europa nach 1919 »fast in jedem Staat zur gängigen Praxis«<sup>12</sup> wurde.

Das Pendel zwischen wildem Markt (Marktabsolutismus) und (zentral) gelenktem Markt (Staatsabsolutismus) schwang in Europa innerhalb von 1840 und 1940 extrem hin und her. Die Ausdifferenzierung des ökonomischen Systems wurde in dieser Epoche geprägt von einem wachstumshungrigen wirtschaftlichen Komplex, der zunächst im Namen von Kolonialismus und Imperialismus sein Laissez-faire-Tableau ausweitete, es aber dann im Spiegel des Nationalismus und im Schatten der europäischen Kriege der staatlichen Lenkung übertrug. Der Staatsinterventionismus übernahm die ökonomische Macht und die Idee des selbstregulativen Wirtschaftswachstums als zentraler Lenker und Treiber des gesamtwirtschaftlichen Geschehens.

Infolge der Weltwirtschaftskrise um 1930 wurde das System des Laissez-faire noch stärker infrage gestellt. Großbritannien gab wie die

Vereinigten Staaten den Goldstandard auf. Ein Jahr später zogen weitere 32 Länder nach. Die Währungen waren fortan starken Schwankungen ausgesetzt. Jetzt wurden alle »jene Lügen gestraft, die behauptet hatten, die Wirtschaft sei fähig, aus eigener Kraft wieder auf die Beine zu kommen.«<sup>13</sup> Die Semantik volkswirtschaftlicher Wachstumsmantras wurde abgelöst von krisenhafter Knappheits- und Untergangsrhetorik. Die meisten europäischen Staaten führten Devisenkontrollen ein und kehrten zum Tauschhandel mit Naturalien zurück. »Bilaterale Abkommen mit Brasilien und Ägypten in den Jahren 1932 und 1933 sind dafür prägnante Beispiele: Deutschland lieferte Kohle für Kaffee beziehungsweise Düngemittel für Baumwolle.«<sup>14</sup> Jeder misstraute jedem und der internationale Zahlungsverkehr musste teilweise über Konten der Nationalbanken abgewickelt werden.

Nach Hitlers Machtergreifung unternahm Deutschland den letzten Schritt vom Staatsinterventionismus zum Dirigismus, da in ganz Europa Protektionismus herrschte. Zolltarife, Quoten und Einfuhrlicenzen sollten die Binnenmärkte schützen und hebelten den Freihandel aus. Es kam zu staatlich organisierten, regionalen Wirtschaftsabkommen. »Zwischen 1934 und 1939 wurde unter deutscher Führung ein mittel- und osteuropäischer Wirtschaftsblock gegründet.«<sup>15</sup> Überdies versuchten große Länder wie Deutschland und die Vereinigten Staaten, mit Wachstumsprogrammen in Landwirtschaft, Arbeitsplatzbeschaffung und Rüstung dem Knappheitsparadoxon zu entkommen. Die öffentlichen Ausgaben stiegen überall an. Hinzu kam, dass die Enthüllung der Angriffspläne Hitlers und sein Vierjahresplan zur Aufrüstung eine Bündelung der gesamtwirtschaftlichen Performance nach sich zog. Die Semantik des Krieges diente ab jetzt der ökonomischen Mehrproduktion von Kriegsgerät. Der nationalsozialistische Staat bündelte kollektiv den Kaufkraftwillen der Vielen und funktionierte zwangsweise den freien Markt des 19. Jahrhunderts um. Viele freie Marktteilnehmer, die zuvor die moderne ökonomische Eigenlogik der Knappheit durch Wachstum ausdifferenzierten, wurden jetzt in einen Ausnahmezustand gedrängt, mit dem der Staat die Normalität seiner

Souveränität zu begründen versuchte. Nassehi hat auf diese »kriegerische Tradition klassischmoderner Staatlichkeit« hingewiesen, die sich »seit dem westfälischen Modell des 17. Jahrhunderts« über den »Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts« bis hin zum »durchregierenden China des 21. Jahrhunderts«<sup>16</sup> erstreckt.

Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Ökonomie durch die herrschende Kriegswirtschaft endgültig unter die Funktionalität staatlicher Ordnung gestellt. »Frei gebildete Marktpreise wurden durch ein überwachtes und reguliertes Preissystem ersetzt, das der Ressourcenzuteilung untergeordnet war.«<sup>17</sup> Die vier Elemente volkswirtschaftlicher Entwicklung Humanressourcen, natürliche Ressourcen, Kapitalbildung sowie technologischer Wandel und Innovation als Motor wirtschaftlicher Entwicklung wurden vom Staatsapparat gesteuert.

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Gewaltregimes und des wirtschaftlichen Staatsdirigismus begann das Ringen um eine neue menschenwürdige Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ging, wie Abelshäuser schreibt, um »eine neue Definition der Rolle des Staates innerhalb des Wirtschaftssystems«. <sup>18</sup> Daraus entwickelte eine Gruppe von ordoliberalen Denkern die Idee der sozialen Marktwirtschaft. Einer dieser Vordenker war Walter Eucken, der sowohl vor den Gefahren einer erneuten Zentralverwaltungswirtschaft als auch vor »einer Versumpfung des Kapitalismus«<sup>19</sup> warnte. Eucken trennte deshalb strikt zwischen staatlicher und privater Machtausübung. Beide sollten einer eigenen funktionalen Ausdifferenzierung folgen dürfen. Als Folge waren einerseits Wettbewerb und Wirtschaftsfreiheit des Einzelnen unantastbar, es war sogar die Kernaufgabe des Staates, diese zu stärken. Andererseits sollte der Staat regulierend eingreifen dürfen, mit »Vorkehrungen gegen anomales Angebotsverhalten, Monopolkontrolle, einer begrenzten Einkommenspolitik und der Korrektur externer Effekte«. <sup>20</sup>

Franz Böhm, ebenfalls Mitglied der ordoliberalen Freiburger Schule, beschäftigte sich weitergehend mit dem Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaftsverfassung in Form eines freien Markt-

wettbewerbs. Die Zivil- oder Privatrechtsgesellschaft beschrieb er als ein privatrechtliches Regelsystem, »das dem Kooperieren und Koexistieren von gleichberechtigten Trägern autonomer Individualpläne«<sup>21</sup> diene. Privilegien von Einzelnen oder Interessengruppen, zum Beispiel Subventionen, waren darin verpönt. Der Leitbegriff der Freiburger Schule war der »rechtlich geordnete Leistungswettbewerb«.<sup>22</sup> Anders ausgedrückt sollte Hayeks Theorie des ungehinderten Wettbewerbs von Leistungsanbietern (»besser als der Nächstbeste zu sein«) durch eine Rechtsordnung abgesichert werden, die Gewalt, Betrug und Zwang ausschloss. Der Wettbewerb sollte nach ordoliberaler Auffassung in geordneten Bahnen ablaufen. »Nur so weit der Wettbewerb zur Ordnung führt, kann private wirtschaftliche Freiheit gewährt werden; so weit dies nicht der Fall ist, darf die Wirtschaft nicht frei sein.«<sup>23</sup>

Je mehr Wettbewerbsordnung, desto weniger Marktunordnung. Je mehr Marktordnung, desto weniger Wettbewerbsunordnung. Diese Differenz korrespondiert mit einer Rhetorik und Semantik der Beaufsichtigung und Zügelung von oben. Alexander Rüstow beispielsweise unterschied zwischen marktwirtschaftlich organisierter Wirtschaft unten und den moralisch gesteuerten, übergeordneten Lebensbereichen Kultur, Religion, Ethik und Staat oben.

Alfred Müller-Armack, übrigens auch Namensgeber der sozialen Marktwirtschaft, gelang es schließlich, Staat und Wirtschaft eine neue interventionistische Begründungsofferte anzubieten. Ziel war es für ihn, »das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden«.<sup>24</sup> Beide Extreme, der zügellose Kapitalismus und die zentral gelenkte Planwirtschaft, wollte er sowohl mit der staatlich garantierten Wettbewerbsordnung der Ordoliberalen als auch mit einer neuen Sozialpolitik verhindern. Dieses semantische Versöhnungsangebot für Staat und Wirtschaft war einerseits die ideale Kommunikationsofferte für die Politik, mögliche Zielkonflikte mit der Wirtschaft einzudämmen, andererseits war jetzt ein semantischer Möglichkeitsraum gefunden, in denen beide Seiten begründungslogische Sinnarchitekturen neu zusammenbauen konnten. Heiko Körner schreibt diesbezüglich

von einem »deutungsoffenen Leitbild«, das jedem erlaube, »die seinen Interessen und politischen Präferenzen entsprechende Gewichtung im einerseits durch wirtschaftliche Effizienz, andererseits durch soziale Gerechtigkeit begrenzten Spannungsfeld (zu) finden.«<sup>25</sup>

Es war deshalb ein folgerichtiger Schachzug Konrad Adenauers, in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 den Ausgleich möglicher Gegensätze einer neuen Sozialpartnerschaft zu überantworten: »Die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern müssen zeitgemäß neu geordnet werden. Die Selbstverwaltung der Sozialpartner muss an die Stelle der staatlichen Bevormundung treten. Die Bundesregierung ... wird es den Verbänden überlassen, alles das in freier Selbstverwaltung zu tun, was den wirtschaftlichen und sozialen Interessen förderlich ist und was einer weiteren Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dient. Ein verständiger Ausgleich sozialer Gegensätze ist eine unumgängliche Voraussetzung für den Aufstieg unseres Volkes.«<sup>26</sup>

Ein weiteres semantisches Versöhnungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft war die Mitbestimmungsfrage von Arbeitern und Angestellten in Betrieben, was sofort zu einer ordoliberalen Verstimmung führte. So schrieb Franz Böhm von einer »Verumständlichung der unternehmerischen Willensbildung, die den vom Pioniertrieb und Wagemut beseelten Teil der Unternehmer in ihrem Wagemut dämpft.«<sup>27</sup> Dennoch kam es zumindest in der Montanindustrie zur paritätischen Mitbestimmung. Müller-Jentsch zeigt übrigens, wie das Ringen um ein Betriebsverfassungsgesetz das Zusammenwirken von Gewerkschaften und Unternehmen zunächst behinderte.<sup>28</sup> Erst später sollten die Gewerkschaften zum aktiveren Mitgestalter werden. Über die Kooperationssemantik wird die deutsche Wirtschaftskultur zu einer »korporativen Marktwirtschaft«<sup>29</sup>, in der, wie Priddat schreibt, Mitbestimmung zu »einer Form vertrauensvoller Zusammenarbeit wird.«<sup>30</sup>

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft erzeugt im Spiegel unserer hier beschriebenen Aufladungsinszenierung eine spezifische Kombination gerechtigkeits-theoretischer Widersprüche. Einerseits sollen freie



Menschen ohne jeden Zwang in Marktarenen Güter und Leistungen austauschen, andererseits soll der Staat sie mit einer Rechtsordnung beaufsichtigen und zügeln, um interaktive Gewalt, Betrug und Zwang zu sanktionieren und davor abzuschrecken. Hier entspringt das Dilemma von individueller Leistungsfreiheit und disziplinierender Leistungsaufsicht, wodurch eine Konfliktarchitektur zwischen Staat und Wirtschaft etabliert wird, die in der sozialen Marktwirtschaft ein permanentes Ausbalancieren gegenseitiger Interessen und gegenseitige Toleranz erfordert.

Damit einher geht der Widerspruch aus Selbst-Steuern und Gesteuert-Werden. Unternehmen wollen die gesamte Wertschöpfungskette selbst steuern, wenn es um ihre Leistungserbringung am Markt geht, die unter dem Dach der Tauschgerechtigkeit erfolgt. Der Staat wiederum will das Marktgeschehen ebenfalls steuern sowie sozial- und verteilungsgerecht justieren. Dem Dilemma, selbst zu steuern und gleichzeitig gesteuert zu werden, entkommen Wirtschaftsakteure nicht. Zur Absicherung seiner Steuermannrolle installiert der Staat eine rechtsverbindliche Regelungsarchitektur mit angeschlossener Verwaltungsstruktur. Schließlich geht es drittens um den Widerspruch aus Bestimmen und Bestimmt-Werden. Die deutsche Mitbestimmungsdebatte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also die Einbeziehung von Arbeitern und Angestellten in die Entscheidungs- und Führungsabläufe in Unternehmen, spiegelt den Konflikt zwischen gezügelter und ungezügelter Unternehmerseele (also der Frage, ob jemand überhaupt befähigt ist, unternehmerisch zu denken) eindrucksvoll wider.

Die gerechtigkeitstheoretische Versöhnung zwischen selbstregulativer Marktidee und gelenkter, organisierter Marktwirtschaft wird über diese drei Widerspruchslogiken semantisch aufgeladen und eigenlogisch kommuniziert. Der Prozess der sozialen Marktwirtschaft rekuriert auf ein kommunikatives Geschehen und nicht auf eine normative Wahrheit. Sie dient als »unsere Wirtschaftsordnung« der individuellen Selbstvergewisserung, inwieweit die wirtschaftlichen Verhältnisse gerecht empfunden werden. In einer repräsentativen Marktumfrage aus dem

Jahr 2009 äußerten nur 23 Prozent der Befragten, dass man »für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft mehr Markt brauche«, während 61 Prozent sich »für mehr soziale Absicherung und damit mehr staatliche Intervention in den Markt aussprachen«.<sup>31</sup> Das Pendel zwischen Selbst- und Fremdregulation hört nie auf, hin- und herzuschwingen.

## Anmerkungen

- 1 Dieser Text erschien im Original in: Peter Felixberger: *Wie gerecht ist die Gerechtigkeit?*. Hamburg 2012.
- 2 Paul A. Samuelson; William D. Nordhaus: *Volkswirtschaftslehre*. Wien 1998, S. 51.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 59.
- 5 Ebd., S. 62.
- 6 Ivan T. Berend: *Markt und Wirtschaft. Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert*. Göttingen 2007, S. 33.
- 7 Ebd., S. 34.
- 8 Ebd., S. 35.
- 9 Ebd., S. 44.
- 10 Wolfram Fischer: *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Band 6, Stuttgart 1987, S. 171.
- 11 Vgl. Rudolf Hilferding: *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*. Frankfurt am Main 1968.
- 12 Edward Hallett Carr: *The Twenty Years' Crisis, 1919–1939. An introduction to the study of international relations*. Basingstoke 2001, S. 51.
- 13 Joyce Appleby: *Die unbarmherzige Revolution. Eine Geschichte des Kapitalismus*. Hamburg 2011, S. 385.
- 14 Berend 2007, S. 54.
- 15 Ebd., S. 58.
- 16 Vgl. Armin Nassehi: »Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise«, in: *Kursbuch* 170. Krisen lieben. Hamburg 2012, S. 34 ff.
- 17 Berend 2007, S. 64.
- 18 Werner Abelschäuser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*. München 2004, S. 92.
- 19 Walter Eucken: »Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*. Band 36, Kiel 1952, S. 315.
- 20 Michael von Prollius: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945*. Göttingen 2006, S. 53.
- 21 Franz Böhm: »Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft«, in: Ernst-Joachim Mestmäcker (Hrsg.): *Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft*. Baden-Baden 1980, S. 108.

- 22 Ebd., S. 70.
- 23 Zitiert nach: Abelshauser 2004, S. 96.
- 24 Alfred Müller-Armack: »Soziale Marktwirtschaft«, in: Erwin von Beckerath et al.: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Stuttgart 1956, S. 390.
- 25 Heiko Körner: »Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft«, in: Michael von Hauff (Hrsg.): *Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft*. Marburg 2007, S. 24.
- 26 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte*. Band 1, 20.09.1949, S. 26.
- 27 Franz Böhm: »Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb«, in: *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 4, 1951, S. 21.
- 28 Walther Müller-Jentsch: *Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945*. Ditzingen 2011, S. 80 ff.
- 29 Werner Abelshauser: »Kulturkampf im Kapitalismus«, in: Klaus Engel, Michael Vassiliades: *Werte, Wissen, Wachstum*. Hamburg 2010, S. 23.
- 30 Birger P. Priddat: *Leistungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft in der Sozialen Marktwirtschaft. Mitbestimmung und Kooperation*. Marburg 2011, S. 41.
- 31 Vgl. Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.): *Deutschland im Wahl- und Krisenjahr. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen*. Berlin 2009.